

Kulturpolitik in Europa für freie und demokratische Gesellschaften gestalten

*Konsultationsbericht und Policy Brief
von Expert:innen des Weimarer
Dreiecks*

Stimmen aus dem Teilnehmer:innenkreis:

Man muss das Lokale ins Zentrum stellen. Das Zentrum ist überall – überall dort, wo Verantwortung für das Ganze übernommen wird.

Demokratie erfordert ständige Performativität und die Bereitschaft, von Zeit zu Zeit auf Privilegien zu verzichten.

Manchmal findet sich die Wahrheit nicht in der Mitte. Manchmal muss man etwas wagen und an seiner Sichtweise festhalten und feststellen, dass die Wahrheit auf einer Seite liegt.

Hintergrund

Zur gleichen Zeit multiplern sich überlagernde Krisen, sich verschiebender Ost-West-Dynamiken und immer unterschiedlicher werdenden Perspektiven nehmen sowohl innerhalb als auch außerhalb europäischer Gesellschaften Forderungen nach mehr Partizipation zu. Die Sicherheitsbedarfe eines vereinten Europas wachsen, während gleichzeitig auf Zersplitterung zielende Kräfte ihre Anstrengungen verstärken, um den „Europäischen Gedanken“ und die demokratischen Werte zu untergraben. Polarisierung und Radikalisierung nehmen an Fahrt auf, politische Extreme erobern einen wachsenden Anteil der Wählerschaft. Rechtsextreme, populistische Parteien sind längst keine Randerscheinung mehr und vernetzen sich auf europäischer und globaler Ebene. Da auf diese Weise ein gruppenzentrierter, ausgrenzender Kulturbegriff immer präsenter wird, stellen sich dem Kultursektor aus demokratischer Perspektive folgende Fragen:

Kann der kulturelle Sektor dazu beitragen, die europäischen Demokratien zu stärken? Wie kann er einen breiten Konsens über einen gemeinsamen Wertekanon in Europa wiederherstellen? Welche Fehler und Versäumnisse des kulturellen Sektors müssen eingestanden werden? Wie können wir in Zukunft die Narrative eines offenen Europas neu ausrichten und stärken? Welche Rolle können kulturelle und künstlerische Praktiken in diesen Prozessen spielen? Und wie können deren Räume als „Dritte Orte“ sinnvolle Dialoge und Aushandlungen innerhalb der Gesellschaft ermöglichen?

Erkenntnisse: Aktuelle Herausforderungen für die Kultur in Europa:

Die Workshop-Teilnehmenden ermittelten folgende zentrale Herausforderungen:

- Grundbegriffe des Europäischen Projekts, wie Demokratie und künstlerische Freiheit, werden in Europa unterschiedlich verstanden und umgesetzt. Abhängig vom lokalen, nationalen und europäischen Kontext variiert ihre Bedeutung oft. Die zunehmende Individualisierung nationaler Diskurse macht den Gedanken eines gemeinsamen, europäischen Kulturraumes zu einem „fragilen“ Projekt. Zudem wurden diese Begriffe von antidemokratischen Kräften usurpiert und vereinnahmt, was die Bemühungen, Kultur als Allgemeingut zu verhandeln, erschwert.
- Die Teilnehmenden stellten fest, dass historische Konfliktzonen zu oft außer Acht gelassen werden. Sie räumten eine konstruktive Spannung zwischen transnationaler Orientierung einerseits und lokalen Zugehörigkeitswelten andererseits ein. Demokratien müssen innenpolitisch verteidigt werden. Doch wird eine „Lösung“ dieser Spannung zu oft auf Ausgrenzung und Polarisierung verengt. Ein ausgeprägtes und engagiertes Bewusstsein für eine „horizontale Citizenship“ ist unerlässlich, gleichzeitig muss der Europäische Gedanke im nationalen und regionalen Kontext verwurzelt und wertgeschätzt werden. Nationale Regierungen versäumen auf EU-Ebene oft, die gesamte Vielfalt ihrer Regionen zu spiegeln.
- Oft steht die kulturelle Sphäre im Zentrum politischer Konflikte und wird zunehmend zum Objekt politischer Einflussnahme. Ihre Unabhängigkeit ist eng mit den Quellen und den Strukturen der Fördermittel verbunden. Viele europäische

Regionen leiden an einem Mangel an tragfähiger kultureller Infrastruktur, um allzu nationalistische Tendenzen mit liberalem und pluralistischem Gedankengut auszugleichen.

- Die Teilnehmenden betonten die dringende Notwendigkeit, Spaltungen in Europa zu verhindern, der diskursiven Dynamik extremistischer und antidemokratischer Kräfte entgegenzuwirken und die mediativen und regulativen Fähigkeiten der EU zu stärken. Angesichts des Mangels an schnellen Lösungen müssen kurz-, mittel- und langfristige Strategien in Angriff genommen werden.

Empfehlungen für eine Kulturpolitik auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene

Was Institutionen und lokale Gemeinschaften tun können:

- Silodenken überwinden, Unsicherheit abbauen und Erfahrungen der Zusammenarbeit ermöglichen. Demokratische Austausch- und Begegnungsräume schaffen. Sich mehr auf gemeinsame als auf spaltende Werte konzentrieren und den Dialog über Differenzen hinweg aufrechterhalten. Sich weiterhin konstruktiv über das Trennende hinweg engagieren und Maß und Offenheit wahren.
- Sich strategisch mit Gleichgesinnten in Europa und in anderen Regionen im eigenen Land vernetzen. Wissen und Praktiken austauschen, die die demokratische Widerstandskraft fördern.
- Sich über gemeinsame Erfahrungen und die Ursachen aktueller Veränderungen austauschen und über die verschiedenen Möglichkeiten, diese im lokalen Umfeld anzugehen.
- Unabhängig von der Regierungsagenda handeln. Vernetzung und gegenseitige Unterstützung fördern, insbesondere wenn Individuen oder Organisationen mit politisch motivierter Kürzung von Fördermitteln konfrontiert sind.
- Explizites Ausschöpfen des Rahmens kultureller Rechte und der rechtstaatlichen Strukturen, Gremien und Abläufe zur Unterstützung pluralistischer Debatten, ohne in parteipolitischen Disput zu verfallen.
- Aktiv die Verbreitung liberalen und demokratischen Gedankenguts auf Social-Media-Kanälen ausloten.
- Gegenseitiges Vertrauen aufbauen und pflegen. Selektives Vertrauen ist nicht nachhaltig – Institutionen müssen den Bürger:innen vertrauen, wenn sie ihrerseits Vertrauen genießen wollen.
- Von universalen Narrativen zu lokal verankerten Geschichten und Praktiken wechseln. Anstatt Unterschiede zu verwischen, diese erfassen und reflektieren.

Was auf nationaler Ebene gewährleistet sein sollte:

- Stärker gegen Desinformation und sowohl interne als auch externe Einmischung vorgehen. In künstlerische und kulturelle Bildung investieren, um Empathie, kritisches Denken und die Wertschätzung von Diversität zu fördern.

- Landesweit die strukturelle Teilhabe diverser Gruppierungen gewährleisten. Zivilgesellschaft und Bottom-up-Prozesse in institutionelle Strukturen integrieren und Kunstschaaffende in kulturelle Entscheidungsfindungen einbeziehen.
- Nationale und regionale Unterschiede, die in unterschiedlichen Kulturhistorien wurzeln, anerkennen.
- Umfassende Koalitionen gegen illiberale Allianzen unterstützen und gemeinsam die künstlerische Freiheit verteidigen.
- Kulturförderung vor politischer Einflussnahme schützen. Nachhaltige und partizipatorische Finanzierungsformen einführen und dabei sowohl die Zivilgesellschaft als auch den kulturellen Sektor einbeziehen. Von kurzfristiger projektbezogener Förderung auf langfristige Zusagen umschalten.
- Budget-Kürzungen für den kulturellen Sektor stoppen. Kulturelle Teilhabe muss für alle zugänglich sein. Kultur ist kein Luxusgut, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Kultur vermag sowohl gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern als auch die Menschen dazu zu befähigen, mit Unterschieden konstruktiv umzugehen und muss deshalb als eine Frage der nationalen Sicherheit betrachtet werden.
- Ländliche Gegenden in die kulturelle Entwicklung des Landes einbeziehen. Sie in langfristiges künstlerisches und kulturelles Planen integrieren und dafür sorgen, dass sie in den demokratischen kulturellen Prozessen angemessen vertreten sind.

Wo das Engagement der EU unerlässlich ist:

- Kulturelle Partnerschaften und europäische Zusammenarbeit vertiefen.
- Zivilgesellschaft und demokratische Bürgerschaft stärken, indem Kunst und Kultur als Schlüsselkomponenten für Demokratie in Europa und Strategien innerer Sicherheit der EU verankert werden.
- Die politische Glaubwürdigkeit der EU stärken, indem Herausforderungen in allen europäischen Ländern und Regionen gleichermaßen konsequent in Angriff genommen werden.
- Einen Solidaritätsfond für kulturelle Institutionen gründen, die mit illiberalen Regierungen konfrontiert sind, und rasche und zugängliche Unterstützung gewährleisten.
- Den Zugriff auf Finanzierung länderübergreifender Zusammenarbeit und europäische Netzwerke auf kommunaler Ebene erleichtern, um lokale Akteure zu stärken. Förderungen mit Strategien regionaler Entwicklung und gesellschaftlichen Zusammenhalts koordinieren.
- Demokratische, auf kulturellen Rechten und rechtstaatlichen Strukturen und Abläufen gründende Rahmenbedingungen aufrechterhalten.
- Kultur als 18. Ziel für nachhaltige Entwicklung erwägen, um ihre Bedeutung auf globaler Ebene zu verankern.
- Anerkennen, dass die europäischen Werte auf unterschiedliche Weise interpretiert werden können, und gewährleisten, dass diese fortlaufend diskutiert, verhandelt und übersetzt werden.
- Die Erfolge der EU deutlich vermitteln und dabei auf die Sorgen und Bedürfnisse der Bürger:innen eingehen, um zu verhindern, dass ihre Enttäuschungen von destruktiven Kräften ausgenutzt werden.

Impressum

Dieser Policy Brief basiert auf einem Chatham House-Workshop, an dem zwanzig Fachleute und Forschende aus sieben europäischen Ländern, mit besonderem Fokus auf dem Weimarer Dreieck, teilgenommen haben, und der am 12. und 13. Juni auf Initiative des ifa, der Stiftung Genshagen und der Universität Hildesheim stattfand.

Autor:innen: Elodie Bordat-Chauvin, Julius Heinicke, Dominika Kasprowicz, Susanne Keuchel, Odila Triebel

Die geäußerten Ansichten geben die Meinung der Autor:innen wieder und nicht unbedingt die des ifa oder der anderen Förderer und veröffentlichenden Institute.

Herausgeber:

ifa (Institut für Auslandsbeziehungen e. V.)
Charlottenplatz 17
70173 Stuttgart
Postfach 10 24 63, D-70020 Stuttgart
info@ifa.de
www.ifa.de

© ifa 2025

Redaktion:

ifa, Dialog und Forschung „Kultur und Außenpolitik“

Übersetzung:

Rudolf Nadler

Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International (CC BY 4.0)



<https://doi.org/10.17901/1592>